

Nachruf

Der Sozialverband Deutschland trauert um

Hans-Joachim Tümmler,

der am 25. November 2015 im Alter von fast 90 Jahren verstorben ist.

Hans-Joachim Tümmler gehört zu den ganz besonderen Persönlichkeiten, die den Verband über Jahrzehnte maßgeblich geprägt haben. Mit ihm verliert der Verband einen Freund und einen unermüdlichen Streiter für soziale Gerechtigkeit, einen Menschen, dessen Sachkenntnis, Humor und Engagement für immer im Gedächtnis bleiben werden.

Hans-Joachim Tümmler war und ist ein Leitbild im SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein und auch auf Bundesebene. Mehr als zwanzig Jahre war er stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand. Bis ins hohe Alter war er Beisitzer im Bundesvorstand und Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss im Bundesverband. Erst zur Bundesverbandstagung im November 2011 trat er nicht mehr zur Wiederwahl an.

Wie bei vielen Menschen seiner Generation war der Lebensweg des gebürtigen Kieblers zunächst durch die Ereignisse des Krieges geprägt. Schon als 17-Jähriger musste er die Schule verlassen. Er wurde zum Arbeitsdienst und später zum Kriegsdienst eingezogen. Tümmler geriet in amerikanische Gefangenschaft, aus der er 1946 heimkehrte. Im gleichen Jahr holte er sein Abitur nach und nahm ein Studium der Rechtswissenschaften auf. Seine berufliche Laufbahn begann 1954 als Referent der Rentenabteilung der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, aus der er sich 1990 als Geschäftsführer und 1. Direktor in den

Ruhestand verabschiedete. Seine Führungskompetenzen und seine exzellenten Kenntnisse brachte Hans-Joachim Tümmler stets in seine ehrenamtliche Tätigkeit ein. Für sein außergewöhnliches Engagement wurde er unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet.



Hans-Joachim Tümmler

Der SoVD wird Hans-Joachim Tümmler immer ein ehrendes und hochachtungsvolles Andenken bewahren.

Das neu gewählte SoVD-Präsidium hat bereits seine Arbeit aufgenommen Zahlreiche Aufgaben zu erfüllen



Foto: Wolfgang Borrts

Das im Rahmen der 20. Bundesverbandstagung gewählte SoVD-Präsidium kam bereits im Dezember in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin zur ersten ordentlichen Präsidiumssitzung zusammen. V. li.: Bruno Hartwig (LV Niedersachsen, Bundesschatzmeister), Rudi Kirschenmann (LV Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender des Finanzausschusses), Edda Schliepack (LV Niedersachsen, Bundesfrauensprecherin), Wolfgang Schneider (LV Schleswig-Holstein, Vizepräsident), Adolf Bauer (LV Niedersachsen, Präsident), Renate Falk (LV Nordrhein-Westfalen, Vizepräsidentin), Ernst-Bernhard Jaensch (LV Niedersachsen, Vorsitzender des Organisations- und Strategieausschusses) und Joachim Wittrien (LV Bremen, Bundesschriftführer).

SoVD bezieht Position zu Referentenentwurf der Bundesregierung

Berufsbild Pflege besser machen

In einer Stellungnahme bezieht der SoVD Position zum Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Reform der Pflegeberufe“ der Bundesregierung. Der Verband begrüßt dabei im Grundsatz die mit dem Pflegeberufereformgesetz verbundenen Ziele. Zudem mahnt der SoVD weitere Verbesserungen an.

Der Entwurf sieht vor, die bisherigen drei Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu reformieren und zu einem einheitlichen Berufsbild zusammenzuführen. Damit soll die Attraktivität des

Berufsfeldes erhöht, die Durchlässigkeit zwischen den Qualifikationsstufen verbessert und die Akademisierung des Berufsfeldes vorangetrieben werden.

Vor dem Hintergrund des Personalmangels in nahezu allen Pflegeberufen – und ganz besonders in der Altenpflege – betont

der SoVD, dass die Attraktivität des Berufsfeldes Pflege auch ganz wesentlich vom Arbeitsumfeld und der Entlohnung bestimmt werde. Deshalb ist aus Sicht des Verbandes neben einer generalisierten Ausbildung eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen unerlässlich.

SoVD im Gespräch

SoVD zu Gast bei Empfang von Gauck

Zu einem Forum hatte Bundespräsident Joachim Gauck Ende des Jahres in das Schloss Bellevue eingeladen. In einer Podiumsdiskussion tauschten sich dort Experten über den gesellschaftlichen Umgang mit dem Lebensende, über menschenwürdiges Sterben und die politischen sowie institutionellen Rahmenbedingungen der Hospiz- und Palliativversorgung aus. Diskutiert wurden auch die Themen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Zu Gast war auch SoVD-Präsident Adolf

Bauer. Sein Statement zum Thema wurde in einem Video auf www.bundespraesident.de veröffentlicht.

SoVD bezieht Stellung zum „Grünbuch“

Das Grünbuch Arbeiten 4.0, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziale Sicherung, stellt mögliche Perspektiven und Veränderungen der Arbeitswelt der Zukunft dar. Hiermit soll der öffentliche Dialog mit Wissenschaft, Politik und Verbänden darüber angestoßen werden, wie Arbeit in Zukunft gestal-

tet werden kann. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles stellte das „Grünbuch Arbeiten 4.0“ im April 2015 vor. Die Ergebnisse dieser Debatte sollen Ende des Jahres 2016 in einem „Weißbuch Arbeiten 4.0“ zusammengefasst werden. Auch der SoVD war eingeladen, sich am Diskurs zu beteiligen. Nun hat der Verband Stellung genommen. Positiv würdigt der SoVD dabei u. a., dass das Grünbuch die Negativtendenzen aus dem Arbeitsmarkt aus Sicht schwerbehinderter Menschen anspricht. Jedoch sind hier auch umfassende politische Ansätze des Gegensteuerns notwendig, zu denen der SoVD eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet hat. Diese müssen nach Auffassung

des Verbandes im Grünbuchprozess aufgegriffen werden, um gezielt Verbesserungen für behinderte sowie für gesundheitlich eingeschränkte Menschen zu gestalten.

Welttag der Menschen mit Behinderung

Am Welttag der Menschen mit Behinderung (3. Dezember) hatte der Deutsche Behindertenrat (DBR) traditionell zu einer politischen Veranstaltung in Berlin eingeladen. Daran nahm auch SoVD-Präsident Adolf Bauer wieder teil. Die Veranstaltung unter dem Titel:

„Ein Kurswechsel ist überfällig“ thematisierte das Bundesteilhabegesetz. Dieses sollte eigentlich bereits im Dezember 2015 als Entwurf veröffentlicht werden und eine Neuausrichtung der Behindertenpolitik auf den Weg bringen. Doch nun wurde der Entwurf auf das Frühjahr 2016 verschoben. Für das BMAS legte Gabriele Lösekrug-Möller (Parlamentarische Staatssekretärin, BMAS) die zentralen Projekte der Bundesregierung in der Behindertenpolitik dar. In der anschließenden Podiumsdiskussion, an der neben behinderten- auch haushaltspolitische Sprecher von Bundestagsfraktionen teilnahmen, standen die Erwartungen der Behindertenverbände im Fokus der Diskussion.